

**Sitzung Sportausschuss im Deutschen Bundestag – Öffentliche Anhörung
Förderung von Sportstätten in den Kommunen**

**Statement der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. (DLRG)
im Sportausschuss am 24. März 2021, 14:00 Uhr**

Jährlich ertrinken in Deutschland zwischen 400 und 500 Menschen. In einem so hochentwickelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland doch eigentlich unvorstellbar. Einer der Gründe ist unserer Ansicht nach das schleichende Bädersterben und damit einhergehend eine sich dramatisch verschlechternde Schwimmfähigkeit der deutschen Bevölkerung. Ja, es ist eine gewagte Hypothese, nichtsdestotrotz nachvollziehbar: fehlende Bäder bedeutet weniger Schwimmausbildung bedeutet mehr Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer bedeutet erhöhtes Ertrinkungsrisiko. Deutschland entwickelt sich zum Land Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer. Eine im Jahr 2017 von der DLRG in Auftrag gegebene forsa-Studie verdichtet diesen Verdacht. Ihrem Ergebnis nach können 59 Prozent der Kinder nach Verlassen der Grundschule nicht sicher schwimmen.

Die Zahl der Schwimmbäder ist seit dem Jahr 2000 rückläufig. Nur in Hallen-, Frei- und Schulbädern kann eine professionelle Schwimmausbildung erfolgen. Damals gab es laut Sportstättenstatistik der Innenministerkonferenz (Stichtag 1.7.2020) circa 6.700 Bäder in Deutschland. Mit Installation des Projekts „Bäderleben“ der Hochschule Koblenz, unterstützt vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft, im vergangenen November haben wir nun eine valide Datengrundlage des aktuellen Bäderbestands. Dieser beläuft sich mit Stand 4.3.2021 auf 4.694 Bäder und somit mehr als 2.000 weniger als im Jahr 2000 – eine besorgniserregende Entwicklung. Die Wasserflächen werden weniger, die Möglichkeiten zur Schwimmausbildung gehen zurück. Seit Jahren sind Wartelisten für Schwimmkurse von zwei Jahren keine Seltenheit; und die zuletzt pandemiebedingte Schließung der Bäder verschlimmerte die Lage weiter. Ganze Jahrgänge von Kindern werden das Schwimmen möglicherweise nicht mehr erlernen.

Dabei kommt der Schwimmfähigkeit besondere Bedeutung zu. Ende 2019 einigten sich die Kultusministerkonferenz und der Bundesverband zur Förderung der Schwimmausbildung darauf, dass sicheres Schwimmen können ein wichtiges Kulturgut darstellt und für alle Schülerinnen und Schüler als motorische Basiskompetenz zu verstehen ist. Doch bereits davor stand fest: Baden und Schwimmen sind für viele Menschen Grundbedürfnisse und letztlich ist die Fähigkeit Schwimmen für das einzelne Individuum die beste Lebensversicherung, die es gibt.

Öffentliche Bäder sind nicht nur Orte für den Wassersport, für Wettkampf und Training, sondern in erster Linie sind sie öffentliche Daseinsvorsorge. Sie sind Sozial-, Bildungs- und Kulturstätte. Doch diese Schwimmkultur verwässert sukzessive. Ein Grund dafür sind die seit Jahren zu beobachtenden Bäderschließungen. Viele Kommunen haben mit strapazierten Haushaltssäcken zu kämpfen. Da Bäder nun mal ein Zuschussgeschäft sind, stehen sie oftmals als erste auf der Liste der möglichen Einsparmaßnahmen. Die Auswirkungen zurückgehender Wasserflächen auf die Schwimmausbildung sind oben bereits beschrieben. Doch damit nicht genug: Der Grundsatz zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse rückt schrittweise in den Hintergrund. Jedes geschlossene Bad verringert nicht nur Standortqualität, gesellschaftliche Wohlfahrt und gesellschaftlichen Zusammenhalt einer Kommune. Gerade einkommensschwächere Familien trifft es am härtesten, führt möglicherweise gar zur sozialen Ausgrenzung ob mangelnder Teilhabemöglichkeiten.

Die Umsetzung des Projekts Bäderleben war zwar ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Transparenz in der bundesweiten Schwimmbäderinfrastruktur, eine Lösung ist das jedoch noch nicht. Was es jetzt braucht, ist eine nutzer- und bedarfsgerechte Verteilung der Wasserzeiten für Öffentlichkeit, Schulen und Vereine, aber darüberhinausgehend und für die Zukunft eine nutzer- und bedarfsgerechte Planung der Bäderinfrastruktur. Hier wird das Projekt Bäderleben einen

erheblichen Teil dazu beitragen und muss selbstredend über den Förderrahmen hinaus fortgeführt werden. Dieser endet im Herbst dieses Jahres. Nur durch eine valide Datengrundlage lassen sich entsprechende Planungen umsetzen und vor allem auch die Entwicklung des Bäderbestands nachvollziehen.

Wir fordern daher zeitnah einen „runden Tisch“, an dem alle Beteiligten – Bund, Länder, Kommunen, kommunale Spitzenverbände, Nutzer und Betreiber – zusammenkommen und einen möglichen „Goldenen Plan Schwimmbäder“ bzw. Masterplan gemeinsam diskutieren und erarbeiten. Die laufenden Sportstättenförderprogramme von Bund und Ländern sowie die von Bundesinnenminister Horst Seehofer in seiner Rede bei der 16. Mitgliederversammlung des DOSB im Dezember 2019 gezeigte Bereitschaft zur Neuauflage eines „Goldenen Plans“ zur Sanierung der Sportstätteninfrastruktur sind erfreulich, die Höhe und Distribution der Fördergelder aber mitnichten zufriedenstellend. Gerade der Umstand, dass mit den Förderprogrammen zumeist eben alle Sportstätten, und nicht explizit Schwimmbäder, bedacht sind, ist am Ende wenig zielführend.

Hier braucht es einen strukturierten Prozess. Es wäre unzureichend, jetzt die vorhandenen Bäder lediglich zu erfassen. Ein Bäderbedarfsplan muss her, der dann systematisch und prozessorientiert abgearbeitet werden kann. Nicht jede Kommune benötigt ein Schwimmbad, das steht außer Frage und sollte auch nicht das Ziel sein. Im Sinne einer interkommunalen Zusammenarbeit können sich zum Beispiel mehrere kleinere Kommunen zusammentun und gemeinsam ein Bad betreiben, das dem regionalen Bedarf gerecht wird. Eine flächendeckende Planung mit verbindlichen Vorgaben wie etwa einer Maximalentfernung zwischen Schwimmbad und Grundschule könnten diesen Prozess flankieren und unterstützen. Unser gemeinsames Ziel muss es doch sein, dass in jeder Grundschule wieder der gemäß Kultusministerkonferenz verpflichtende Schwimmunterricht stattfinden kann.

Wir brauchen die Bäder! Alle müssen wieder an einem Strang ziehen. In den 1960er Jahren hat es ja auch geklappt. Nur so lässt sich die Schwimmfähigkeit in Deutschland, insbesondere unserer Kinder, gewährleisten.

